

Naive Scharfmacherei bringt keinen Frieden

Ukraine: „Russische Kriegslogistik geschwächt“, FR-Politik vom 19. September

Mit schweren militärischen Mitteln

Als Kind habe ich die Barbareien des Zweiten Weltkriegs miterlebt. Ich sah meine Heimatstadt Münster in Trümmer sinken. Daraus entstand die Sehnsucht „Nie wieder Krieg!“ Diese Sehnsucht besteht nicht mehr. Sie ist gemeuchelt von Putin.

Unserem Bundeskanzler Olaf Scholz wird wiederholt der Vorwurf gemacht, er unterstütze die Ukraine gegen Russland nicht genug und zu zögerlich. Diese Vorwürfe kommen häufig vom ukrainischen Präsidenten Selenskyj und seinem ruppigen Botschafter Melnyk. Diese Männer sind in schwerster Not. Ihnen gehört unsere Nachsicht.

Es gibt aber auch Frauen und Männer, die keineswegs in schwerster Not sind und trotzdem solche Vorwürfe erheben. Nämlich wohlbestallte Politiker*innen, Journalist*innen und last but not least Legionen von Unwissenden. Diesen Leuten sei gesagt: Deutschland trägt immer noch die Verantwortung für fast 60 Millionen Tote im Zweiten Weltkrieg. 27 Millionen dieser Toten waren russische Menschen.

Wer jetzt meint, Deutschland müsse wieder robust und schnell gegen russische Menschen mit schweren militärischen Mitteln vorgehen, denkt brutal falsch. Solchem Denken muss Widerstand entgegengesetzt werden. Ich bin froh, dass wir in Olaf Scholz einen Bundeskanzler haben, der sich der Ungeheuerlichkeit deutscher historischer Verantwortung bewusst ist und politisch nüchtern/sachlich denkt und handelt. Naive Scharfmacherei bringt keinen Frieden.

Werner Bronstering, Münster

Die Ukraine sollte sich als neutral erklären

Ich bin gegen Krieg, gegen den Krieg in der Ukraine und gegen alle Kriege in der ganzen Welt.

Präsident Selenskyj hat die Möglichkeit, den Krieg sofort zu

beenden, indem er die Neutralität für sein Land erklärt. Auch wenn es genau das ist, was Russland von ihm verlangt, so verliert Selenskyj nichts an Größe, sondern er gewinnt politische und menschliche Größe. Neutralität ist nichts Schlimmes. Schauen wir nach Österreich und in die Schweiz. Das sind Länder, die sich selbst aus Gründen der Vernunft und Menschlichkeit dazu bekannt haben. Sie leben in Frieden, Freiheit und in demokratischen Gesellschaftsordnungen.

Fordern wir Selenskyj auf, sein Land für neutral zu erklären! Fordern wir die Ukrainer und Ukrainerinnen auf, die Neutralitätserklärung von ihrem Präsidenten zu fordern, damit der Krieg sofort beendet werden muss, um Menschenleben zu retten. Alles andere kann in Gesprächen geklärt werden.

Reinhild Bergan, Hamburg

Wenn das Kind im Sarg zurückkommt

Mütter in Russland, lasst nicht zu, dass man Eure Kinder nach dem Willen alter Männer als Kanonenfutter in einen Krieg schickt! Lasst Euch nicht erklären, dass Ihr tapfere Mütter seid. Diese Sprüche kennt man aus der Vergangenheit zur Genüge! Welche Mutter ist tapfer, wenn man ihr Kind im Sarg zurückschickt? Stellt Euch vor, es ist Krieg, und keiner geht hin! Brecht hatte recht. Edith Matthes, Darmstadt

Man verhandelt nicht mit Terroristen

Ich war immer verwundert, warum man Hitler im Zweiten Weltkrieg so lange gewähren ließ. Sogar der Papst hat damals sein Wort nicht gegen Kriegsverbrechen erhoben, von denen er nachweislich wusste. Jetzt hängt man sukzessive Sanktionen, die dann doch nicht alles waren. Man will sich noch Optionen offenhalten. Ja bitte, was soll noch passieren? Täglich werden Menschen massakriert von russischen Bomben, die unabsichtlich und absichtlich Menschen treffen

und doch immer nur eines gewollt tun: Menschen vernichten. Schon wird überlegt, was man Russland für einen Waffenstillstand anbieten könnte, und ein weiteres Dogma wird über Bord geworfen, nämlich dass mit Terroristen nicht verhandelt wird. Hat die Welt wirklich kein Konzept gegen Tötungsmaschinen? Passiert das gleiche, wenn der Nordkoreaner durchdreht? Und wenn China in Taiwan einmarschiert? Unterlassene Hilfeleistung ist eigentlich strafbar. Jedenfalls ist sie beschämend für die Welt. Hans Werner Eitel, Bad Honnef

Abgestempelt als hysterische Panikmacher

Neben all dem Horror, den die Menschen in der Ukraine seit Putins Überfall erleiden müssen, hätte sich schon in der Nacht zum 4. März eine weitere, für ganz Europa unvorstellbare Katastrophe ereignen können: Das größte europäische Atomkraftwerk (in Saporischschja, Anm. d. Red.) entging nur knapp einem möglichen GAU, der riesige Gebiete unbewohnbar gemacht und Verstrahlung, Krankheit und Tod gebracht hätte. Schon seit Jahrzehnten warnt die internationale Antiatombewegung vor Beinaheunfällen in radioaktiven Anlagen aufgrund von menschlichem oder technischem Versagen, Flugzeugabstürzen oder Terrorangriffen. Dafür erntet sie meist die Abstempelung als hysterische Panikmacher.

Nun aber der *worst case*: Krieg mit Einbezug der Atomanlagen! Und allseits völlige Ratlosigkeit bei Experten und Politikern, wie mit dieser doch eigentlich „nie möglichen“ Situation umgegangen werden kann. Atomtechnologie ist nicht zu schützen! Und eine Rakete in der Hand eines machtbesessenen Diktators genügt, um unsere Welt noch weiter ins Chaos zu stürzen. Strahlung kennt keine Grenzen. – „When will we ever learn?“ (Bob Dylan)

Christiane Uhl, Meinhard

Diskussion: frblog.de/ukraine-2

Alle Ansprüche sind abgegolten

Reparaturen: „Warschau besteht auf Zahlung“ und „Kaum durchsetzbar“, FR-Politik vom 7. 9. und FR-Meinung vom 2. 9.

Es grenzt schon an starke Vermessenheit, wenn die polnische PiS und deren Häuptling Kaczyński nach über 70 Jahren seit Kriegsende Reparationsforderungen in Billionenhöhe an Deutschland richtet.

Polen ist aufgrund seiner geschichtlichen Vergangenheit keineswegs zu beneiden. Ende des 18. Jahrhunderts wurde es in drei Teilungen von der Landkarte gestrichen. Nach wenigen Jahren Unabhängigkeit musste es für Expansionsbestrebungen der stalinistischen Sowjetunion und des von den Nationalsozialisten beherrschten Deutschland herhalten, die es zu ihrer Beute machten und Millionen Menschen umbringen ließen. Jedoch mit dem Abschluss des von Egon

Bahr verhandelten Warschauer Vertrags, der vor 50 Jahren, am 3. Juni 1972, in Kraft getreten ist, wurde bereits ein Schlusstrich unter die leidvolle Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses gezogen, wie es damals der SPD-Politiker Carlo Schmid im Bundestag ausdrückte, indem Deutschland die Oder-Neiße-Linie anerkannte und dadurch die ehemals deutschen Ostgebiete Pommern, Schlesien und das südliche Ostpreußen endgültig an Polen fielen. Außerdem einigten sich Deutschland und Polen in der Folgezeit während der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt, innerhalb von vier Jahren bis 190000 Deutschstämmige aus Polen ausreisen zu lassen, während die Bundesre-

gierung im Gegenzug 1,3 Mrd. DM für Rentenansprüche polnischer Bürger*innen zahlte. Außerdem gewährte Deutschland Polen damals einen Kredit in Höhe von einer Milliarde DM.

Schließlich sind, wie im Kommentar erwähnt, mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag aus dem Jahre 1990, der anstelle eines Friedensvertrages, der üblicherweise Reparationsfragen regelt, getreten ist, alle Reparationsansprüche abgeschlossen. Würde die Bundesregierung diesen Forderungen Kaczyńskis nachgeben, müsste Deutschland in gleicher Weise Zahlungen an Griechenland leisten, das nicht minder unter der Naziherrschaft leiden musste.

Peter Boettel, Göppingen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220920

FR ERLEBEN

Richard Meng, Vorsitzender des Kuratoriums der Karl-Gerold-Stiftung, moderiert die Podiumsdiskussionspodium „Ukraine-Krieg – Was wird werden?“ mit Nicole Deitelhoff, (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Ruprecht Polenz (CDU, ehem. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag) und Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen).
Mittwoch, 21. September, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Herbert Kramm-Abendroth und Gerd Bauz, Aktivisten der Friedensbewegung, über den Krieg in der Ukraine. Anmeldung zur Präsenzveranstaltung über das Anmeldeformular.
Donnerstag, 22. September, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büges Theaterstück „Genetics“ wird in szenischer Lesung uraufgeführt. Der Autor beantwortet anschließend Fragen bei Brot und Wein. Das Stück hat den zweiten Platz im Wettbewerb „Theatermarkt 2022“ des Frankfurter Autorentheaters gewonnen.
Sonntag, 25. September, 18 Uhr Brotfabrik, Bachmannstraße 2-4, Frankfurt

Ohne Skrupel

Afghanistan: „Bomben am Ende eines Schultages“, FR-Magazin vom 8. 9.

Die Situation in Afghanistan ist äußerst komplex. Warum z.B. fragt man sich in der westlichen Welt, geht nur eine verschwindend geringe Minderheit der fast 40 Millionen Einwohner auf die Straße, um gegen das Morden und die Unterdrückung von Frauen und Mädchen zu protestieren? Denn es sind Muslime, die unterdrücken und morden. Muslimische Selbstmordattentäter töten Muslime, ihre Glaubensbrüder.

Die Gründe: Die Herrschenden waren korrupt und sind es noch immer. Die Regierung unter Karzai z.B. war massiv korrupt. Einkünfte und die Gelder der EU wurden zum persönlichen Vorteil entwendet. Der Karzai-Clan stopfte sich ohne Skrupel und völlig ungeniert die Taschen voll.

Das blieb im Volk nicht unbeachtet. Die Afghanen fühlten sich nicht als Teil des Landes und waren deshalb auch nicht bereit, für das Land einzutreten. Nur loyales Verhalten der Regierenden mit dem Ziel, dem Volke zu dienen, könnte die Situation verändern. Das Land gehört uns, allen Afghanen – dieses Gefühl könnte bewirken, dass 15 bis 20 Millionen auf die Straße gehen, um für das Land und gegen das Morden zu kämpfen.

Helmut Freudenthal, Kiel

Hochmütiger Anspruch

Erwiderung auf „Fast Food am Bahnsteig“, FR-Forum vom 3. 9.

Der Mann, der wegen einer Essensbestellung die Abfahrt eines ICE blockiert, handelt mir keinesfalls aus der Seele. Vielmehr handelt er rücksichtslos gegen die Allgemeinheit: der Versuch, auf brutale Weise – koste es, was es wolle – seinen überhöhten Anspruch durchzusetzen.

Welch hohen, wenn nicht hochmütigen, jedenfalls nicht mehr zeitgemäßen Anspruch vertritt der Leserbriefschreiber auch für sich selbst: Muss unbedingt im Bordrestaurant eine Vier-Sterne-Menükarte ausliegen, mit verschiedenen Weinen auch noch?

Es gab einmal Zeiten, die ich selbst erlebt habe, da hatte man auf Reisen eine Butterbrotbüchse dabei und eine Thermoskanne. Die Kinder konnten auch mal ein, zwei Stunden oder mehr sitzen, ohne dauernd essen oder trinken zu müssen. Heute dagegen: Wunschbefriedigung sofort.

Auch sollte man sich das Leben der in indischen Filmen gezeigten Essensverkäufer auf den Bahnsteigen nicht allzu romantisch vorstellen. Sie schufteten aus reiner existenzieller Not, abhängig von einem wohl nicht immer wohlwollenden Arbeitgeber, für einen kläglichen Lohn, keinesfalls ein Achtstundentag.
Jutta-Maria Roth, Königswinter